

**Raiffeisen Forum**

Schauplatzgasse 11

3011 Bern

071 424 12 02

[www.raiffeisen.ch](http://www.raiffeisen.ch)

Sekretariat der staatspolitischen Kommission  
Parlamentsdienste  
3003 Bern

Bern, 25. April 2018

**Stellungnahme zum Vorentwurf und erläuternden Bericht : Pa. Iv. Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament**

Sehr geehrte Frau Ständerätin Bruderer,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen vielmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Raiffeisen nimmt wie folgt Stellung zu oben genannter Vorlage:

Ohne Interessenvertretung, Lobbying, gibt es keine Demokratie. Interessenvertretung ist der Rohstoff der Politik. Die wesentlichste Aufgabe des Parlaments besteht in der Aushandlung von Interessen im Sinne mehrheitsfähiger Entscheidungen. Diese Entscheidungen sind immer vorläufig und prekär, stellen aber im Idealfall eine Annäherung an das aktuelle Gemeinwohl dar.

Die Vertretung von Interessen in einer Demokratie ist kein politischer Gnadenakt, der gewährt oder verweigert werden kann. Vielmehr basiert Lobbying auf der Meinungsäußerungsfreiheit, wie sie in der Bundesverfassung, Artikel 16, garantiert ist: „Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äußern und zu verbreiten.“

Nach eingehender Lektüre des Vorentwurfs und des erläuternden Berichtes der Staatspolitischen Kommission des Ständerates in Bezug auf eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament, kommt Raiffeisen zum Schluss, dass sowohl die Lösung der Mehrheit als auch der Minderheitsvorschlag demokratiepolitisch höchst fragwürdig sind. Raiffeisen lehnt beide Vorschläge ab. Gegenüber der heutigen Regelung stellt sowohl die Lösung der Mehrheit als auch die Lösung der Minderheit einen Rückschritt dar und könnte gar als Angriff auf die Demokratie verstanden werden.

**Vorschlag der Mehrheit**

Die Entstehungsgeschichte der Pa. Iv. „Eine Regelung für transparentes Lobbying im eidgenössischen Parlament“ ist alles andere als glücklich verlaufen. So wird man beim Lesen des vorliegenden Berichtes die Vermutung nicht los, dass die Kommission das Geschäft als reine Pflichtübung angegangen ist. Es mutet demokratiepolitisch sehr komisch an,

wenn eines der Hauptziele einer Regelung für transparentes Lobbying, in der Reduktion der Anzahl Lobbyisten im Parlament besteht.

In der EU und in den umliegenden Ländern gibt es Regelungen zu Lobbying, welche Kriterien wie Offenheit und Transparenz, Regulierung und Legitimierung, Repräsentativität, Chancen- und Rechtsgleichheit verfolgen und folglich von einem ganzheitlichen und sachlich fundierten Ansatz ausgehen. Es ist höchst bedauernswert, dass die Kommission auf eine solche Lösung verzichtet und einstimmig in eine Tonalität, welche das Feindbild Lobbying kultiviert. Dies ist umso unverständlich als die Parlamentsmitglieder selbst in einem gewissen Sinne als Lobbyisten agieren. Gemäss der Liste der Interessenbindungen vertreten die Mitglieder des Parlaments rund 1671 Interessenorganisationen und halten 1959 Mandate inne (vgl. NZZ, vom 14.03.2016, Für wen lobbyiert das im Herbst 2015 neu gewählte Parlament? Eine Datenanalyse.).

Wie bereits erwähnt, wirft das Kriterium, die Beschränkung der Anzahl Lobbyisten im Parlament, Fragen auf. Erstens ist es demokratiepolitisch höchst fragwürdig, die Anzahl Lobbyisten zu beschränken. Zweitens wird es den Werten und Grundregeln einer direkten Demokratie nicht gerecht und ist realitätsfremd. Zudem stellt diese Beschränkung auch einen Affront gegenüber allen Personen und Organisationen dar, welche heute Zugang zum Parlamentsgebäude haben. Die Demokratie braucht zwingend Lobbying. Lobbying ist Interessensvertretung. Niklas Luhmann bringt es auf den Punkt in seinem Buch „Politische Soziologie“ (S. 234ff, 2015, Suhrkamp): „Eine pluralistische Wertestruktur ist nur durch eine pluralistische Machtstruktur lebendig zu halten. Sie setzt voraus, dass jedes Interesse, das als Wert formuliert werden kann, im Prozess der politischen Informationsverarbeitung seinen Sprecher findet.“ Lobbying bringt Interesse, Werte, Vorschläge und Alternativen ins Gespräch. Dies belebt den Marktplatz Demokratie, ermöglicht Korrekturen und Anpassungen. Am Wichtigsten jedoch ist, dass mit der Formulierung von unterschiedlichen Interessen immer wieder Alternativen zur Mehrheit vorgeschlagen werden.

Indem sich die Kommission in ihrer Argumentation hauptsächlich auf die Begrenzung der Anzahl Lobbyisten beschränkt, verkennt sie die Bedeutung der Interessensvertretung im demokratischen Prozess. Dies ist höchst bedauerlich

Raiffeisen begrüßt die zweite Zielsetzung der Kommission, den Ausbau der Transparenzregeln, ausdrücklich. Für Raiffeisen ist selbstverständlich, dass Lobbying transparent erfolgen muss. Transparenz ist im Lobbying-Prozess zentral. Sie stellt sicher, dass Politikerinnen und Politiker durch ihre Wählerinnen und Wähler kontrolliert werden können und macht sie so rechenschaftspflichtig. Aus diesem Grund hat die Europäische Union das Transparenz-Register für Interessenvertreter eingerichtet. Da Raiffeisen ihre politischen Interessen offen vertritt, hat sie das Formular der EU als Basis genommen, um ihrerseits freiwillig Transparenz zu schaffen. Bei Fragen zu Tätigkeiten, die unter den Anwendungsbereich des Registers fallen, bezieht sie sich folglich insbesondere auf das politische Lobbying in der Schweiz. Sämtliche Informationen sind auf folgender Webseite abrufbar:

<https://www.raiffeisen.ch/content/dam/wwwsites/forum/PDF/politisches-engagement/de/Transparenz-Register-EU.pdf>

Obwohl die Kommission ins Feld führt, dass dem Gebot der Rechtsgleichheit Rechnung getragen wird, so muss leider festgestellt werden, dass der Grundsatz einer gruppenpluralistisch geprägten Demokratie in der vorgeschlagenen Lösung verletzt wird. Ein chancengleicher Zugang der verschiedenen Interessensgruppen müsste die Vorgabe sein. Wenn aber, wie im Bericht steht, die Interessensvertreter „das Vertrauen eines Ratsmitgliedes gewinnen müssen, damit sie Zutritt erhalten“, dann steht dies einem fairen und chancengleichen Zugang und der rechtlichen Gleichberechtigung der verschiedenen Interessen diametral entgegen.

## Vorschlag der Minderheit

Positiv am Vorschlag der Minderheit ist, dass ein parlamentarisches Organ die Kontrolle über die Interessensvertreter ausübt, welche einen Zugang zum Parlamentsgebäude erhalten. Die spezielle Schaffung dreier Kategorien, welche die Dauerausweise via Verwaltungsdelegation vorsieht, ist nicht zielführend. Mit der expliziten Definition von „auf Interessenvertretung spezialisierte Unternehmungen“ wird die Realität verkannt. Im Modell der direkten Demokratie mit ei-

nem Milizparlament leisten auch kleine, temporäre Interessengruppen, ohne eigene, teure Profi-Strukturen wesentliche Beiträge für eine gelingende Politik. Es gibt keine ausreichende Begründung der Diskriminierung einer Interessengruppe nach Herkunft oder Arbeitsform. Wichtig ist, dass der Zugang für alle chancengleich gewährleistet wird.

Für Raiffeisen bildet ein Lobby-Gesetz, wie dies in Österreich gilt, eine prüfenswerte Alternative zum Vorschlag der Minderheit. Ziele des Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetz in Österreich sind die Förderung von Offenheit und Transparenz, Good Governance, Legitimierung und Regulierung.

[https://www.parlament.gv.at/PAKT/HG/XXIV/ME/ME\\_00293/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/PAKT/HG/XXIV/ME/ME_00293/index.shtml)

Alternativ unterstützt Raiffeisen den Status quo. Die heutige Regelung ist eindeutig besser als die vorliegenden Vorschläge und hat sich als praktikable Lösung etabliert.

Abschliessen möchten wir unsere Stellungnahme nochmals mit einem Hinweis auf Luhmann. Er weist auf die Unabdingbarkeit der Interessenvertretung bzw. des Lobbyings in der Demokratie einer pluralistischen Gesellschaft hin: „Die unterschiedliche Durchsetzungskraft der Interessenvertreter mag ein Ärgernis sein. Das grösste Übel ist jedoch, wenn das politische System überhaupt nicht in der Lage ist, eine hinreichend komplexe, widerspruchsfreie Wertekonstellation opportunistisch zu bearbeiten, sondern sich an eine ein für allemal vorentschiedene Wertehierarchie klammern muss.“ (Politische Soziologie; S. 234ff, 2015, Suhrkamp).

In diesem Sinne bedanken wir uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Raiffeisen Schweiz**

Raiffeisen Forum

Dr. Hilmar Gernet  
Delegierter für Politik, Genossenschaft und Geschichte

Alexandra Perina-Werz  
Leiterin Politik